nach dem Krisengipfel in Rom

„Endlich in Rom und weltweit verbindlich handeln!“

Pressemitteilung München / Rom, 24. Februar 2019

Wir sind Kirche zum Abschluss des Krisengipfels Kinderschutz im Vatikan

Die KirchenVolksBewegung *Wir sind Kirche* hofft, dass es nach dem Kinderschutz-Krisengipfel in Rom endlich zu einem weltweiten Bewusstseinswandel kommt. Nach dem Schuldeingeständnis der Bischöfe in Rom müssen aber auch die tieferen Ursachen der sexualisierten Gewalt und der Vertuschung benannt werden, die wesentlich durch das klerikale Autoritätssystem der römisch-katholischen Kirche bedingt sind. Sexualisierte Gewalt ist vor allem Missbrauch von Macht, bedingt durch die Zwei-Stände-Ideologie von Klerikern und Laien, die in der Bibel keine Grundlage hat.

Jetzt ist es **dringend erforderlich, weltweit verbindlich und sehr schnell umzusetzen, was auf dem Krisengipfel in Rom be- und versprochen wurde**. Wenn dieses Treffen die notwendige Zeitenwende bringen soll, dann muss der Vatikan jetzt möglichst umgehend klare und verbindliche Regelungen formulieren, wie in den Ortskirchen und Orden transparent mit Verdachtsfällen umzugehen ist.

Aber der Erfolg hängt nicht alleine von Papst Franziskus und den vatikanischen Stellen ab, sondern vor allem vom Handeln jedes einzelnen Bischofs ab. Die Ortskirchen müssen auch bezüglich Prävention und Einbeziehung der Betroffenen aktiv werden, wenn die existenzielle Glaubwürdigkeitskrise überwunden werden soll. Dazu braucht es jetzt nicht nur einen Mentalitätswechsel, sondern ein entschiedenes Handeln auf allen Ebenen und letztendlich eine an der Reich-Gottes-Botschaft Jesu orientierte fundamentale Neuausrichtung der katholischen Kirche.

Enttäuschende Rede und zu vage Ankündigungen des Papstes

Bei seiner abschließenden Rede wäre es besser gewesen, **wenn Papst Franziskus sich zunächst auf die innerkirchlichen Probleme von Machtmissbrauch und Klerikalismus konzentriert hätte**. So unbestritten es ist, dass sexualisierte Gewalt ein „Phänomen in allen Kulturen“ ist und dass Gewalt und Missbrauch in einem größeren Zusammenhang zu sehen sind, der auch die Probleme Kindersoldaten, Prostituierte, Internet und Pornografie einschließen muss: Auch die kirchlichen hierarchischen Strukturen haben die von Franziskus beklagten Phänomene in den verschiedenen Kulturen entscheidend mitgeprägt. Vor allem fehlte ein ehrliches, aufrichtiges und öffentliches Schuldbekenntnis.

Doch es war richtig und notwendig, diesen Gipfel einzuberufen angesichts der jahrzehntelangen Tabuisierung des massiven spirituellen wie sexuellen Missbrauchs an Kindern, Jugendlichen, Seminaristen, Frauen und Ordensfrauen in der Kirche und deren systematischer Vertuschung. Papst Johannes Paul II. hatte das Thema noch ganz negiert. Joseph Ratzinger hatte dann versucht, alles unter Geheimhaltung zu stellen und in der Glaubenskongregation zu bündeln. Erst als Papst hat er sich öffentlich geäußert. Nun ist **Franziskus der erste Papst, der so offensiv wie keiner seiner Vorgänger und gegen viele Widerstände auch in den eigenen Reihen** das aufzuarbeiten versucht, was jahrzehntelang unter den Teppich gekehrt worden ist.

Die von Papst Franziskus am 21. Februar vorgelegten 21 Punkte können nur erste Schritte sein, weltweit verbindliche Standards für den Umgang mit Verdachtsfällen und die Prävention festzulegen und auch kirchenrechtlich festzuschreiben. Darüber hinaus braucht es **klare Regeln hinsichtlich der Verantwortung und Rechenschaftspflicht der Bischöfe**, wie sie der Chicagoer Kardinal Blase Cupich in

12 Punkten vorgeschlagen hat. Dies sieht auch den Rücktritt von Bischöfen vor, die vertuscht haben. Eine Verpflichtung, staatliche Strafverfolgungsbehörden einzuschalten und die Archive für Recherchen zu öffnen, wäre vonnöten.

Kirchenleitung hat moralischen Anspruch verloren - Weiter Druck von unten erforderlich

Der **Hartnäckigkeit der Betroffenen, der Opfern, der Überlebenden** ist es zu verdanken, dass die Kirchenleitung dem Druck nachgeben musste. Umso bedauerlicher war es, dass die eigens nach Rom angereisten Betroffenen und deren Verbände nur indirekt an dem Treffen im Vatikan beteiligt waren. Eine wirksame Aufarbeitung und Prävention wird nur möglich sein, wenn diese Verbände in Zukunft intensiv und als gleichwertige Partner in alle weiteren Prozesse und Überlegungen einbezogen werden, so wie dies auch die Deutsche Bischofskonferenz im September 2018 zugesagt hatte, aber noch nicht ausreichend praktiziert.

Die Zeit drängt, das Zeitfenster, in dem die Kirche ihre Glaubwürdigkeit wiedererlangen kann, schließt sich. Wenn nach dem **KirchenVolksBegehren 1995** in Österreich alle darin genannten Reformpunkte (geschwisterliche Kirche, Weihen für Frauen, freiwilliges Zölibat, Reform der Sexuallehre, Frohbotschaft statt Drohbotschaft) von der Kirchenleitung aufgegriffen und angegangen worden wären, wäre zumindest in den vergangenen 24 Jahren vielen Betroffenen großes Leid erspart worden.

Dieser Gipfel hat auch gezeigt: **Es braucht weiter den Druck der Überlebenden, der Reformgruppen und der Öffentlichkeit**, genauso wie die Zusammenarbeit der Kirchenleitung mit Organisationen der UN, den nationalen Strafverfolgungsbehörden und vor allem mit den Überlebenden.

Die Kirchenleitung hat keinerlei Recht mehr, sich in moralischen Frage gegenüber dem Kirchenvolk oder der Öffentlichkeit zu äußern, solange nicht auf allen Ebenen der Weltkirche eine radikale und erfolgreiche Umkehr bezüglich sexualisierter Gewalt vollzogen ist.

Bei aller Verantwortung der Bischöfe: **Die Kirchenleitung ist nicht die Kirche**. Die Menschen vor Ort sind Gemeinde, sind Kirche. Hier wird die Frohe Botschaft vom Reich Gottes gelebt. Die Menschen sollten sich durch das Versagen der Leitung nicht entmutigen lassen, als Christen und Christinnen ihren Glauben zu leben und verantwortungsvoll diese unsere Welt mitzugestalten.

Pressekontakt *Wir sind Kirche*-Bundesteam:
Christian Weisner, Tel: 0172-5184082, presse@wir-sind-kirche.de
Magnus Lux, Tel: 0176-41707725, lux@wir-sind-kirche.de

> mehr zum Krisengipfel 21.-24. Februar 2019 in Rom

Zuletzt geändert am 25.02.2019